

Brief aus Berlin

31.10.2023



Liebe Leserinnen und Leser,

DIESEN MONAT

Seite 2

Themen im Bundestag



Wir merken in diesem Monat wieder einmal wie schnell die Welt im Umbruch ist und welche Herausforderungen das für unser Land bringt. Bereits der Landtagswahlkampf in Bayern war stark durch das Thema Migration geprägt. Migration, die aufgrund von humanitären Krisen wie Hunger und mangelnde Perspektiven, aber auch durch Krieg und Umweltkatastrophen zustande kommt.

Besonders erschüttert haben mich in diesem Monat die Auseinandersetzungen in Israel. Wir stehen an der Seite Israels und gedachten der Opfer in einer Schweigeminute. Der grausame Terror und der Hass kann unter keinen Umständen hingenommen werden.

Dass Krisen nicht an den nationalen Grenzen enden, sondern global gedacht werden müssen, habe ich von meiner Delegationsreise zu den Jahrestagungen der Weltbank und des IWF mitgenommen. Es war für mich als Finanzausschussvorsitzender ein besonderes Erlebnis, die 20-köpfige Delegation aus dem Bundestag und Bundesrat zu leiten und vor Ort Gespräche mit Botschaftern, Ministern und Banken zur Bewältigung der Schuldenkrise in Entwicklungs- und Schwellenländern zu führen.

Euer
Alois Rainer

mehr unter:



www.alois-rainer.de



CSU
IM BUNDESTAG



Themen im Bundestag



PFLEGE ZUKUNFTSFEST MACHEN

In diesem Monat haben wir einen Vorschlag vorgelegt, die Pflege zukunftsfest zu machen. Angesichts des Personalmangels fordern wir die Bundesregierung mit unserem Positionspapier zum Handeln auf. Dies umfasst zahlreiche Lösungsvorschläge – von einer breiteren Finanzierung der Pflegeversicherung über Verbesserung der Arbeitsbedingungen bis zur Förderung pflegender Angehöriger.

➔ [zum Positionspapier](#)

BÜROKRATIEABBAU



Überbordende Bürokratie gefährdet den Wirtschafts- und Innovationsstandort Deutschland sowie die Handlungs- und Leistungsfähigkeit unseres Staates. Deshalb braucht es dringend einen echten Bürokratieabbau und für bessere Rechtsetzung. Unsere unionsgeführten Bundesregierungen haben den Bürokratieabbau in den vergangenen Legislaturperioden vorangetrieben.

Mit den Bürokratienteilungsgesetzen I-III haben wir in Milliardenhöhe Bürokratiekosten eingespart. Der Bürokratiekostenindex erreichte im Jahr 2021 seinen historischen Tiefstand. Seitdem steigt er durch die Politik der Ampel-Koalition wieder an. Wir schlagen deshalb eine „Agenda Bürokratieabbau“ und konkrete Schritte zur Aufhebung unnötiger und überbordender Regulierung vor.

Bürokratiebremse: Sofortige Rücknahme neuer gesetzlicher oder untergesetzlicher Bürokratiebelastungen, wenn eine bestimmte Bürokratiequote überschritten wird.

„One in, two out“-Regel: Die erfolgreiche Bürokratiebremse „One in, one out“ wird zu einer „One in, two out“-Regel ausgeweitet.

1:1 Umsetzung von EU-Vorhaben: Bei der Umsetzung von EU-Recht in nationales Recht darf in Deutschland nicht über den europäischen Standard hinaus reguliert werden.

Bürokratiestopp und Belastungsmoratorium auf EU-Ebene: Keine neuen bürokratischen Regelungen, bis die EU in Sachen Wettbewerbsfähigkeit ihren Rückstand auf ihre Hauptkonkurrenten im globalen Wettbewerb aufgeholt hat.



[Antrag zum Bürokratieabbau](#)



AMPEL BEHINDERT KONSTRUKTIVES ARBEITEN BEIM WACHSTUMSCHANCENGESETZ

Der Regierungsentwurf des Wachstumschancengesetzes enthält über 70 Einzelmaßnahmen. Es gibt derzeit noch viele ungeklärte Fragen. Bei der Sitzung des Finanzausschusses hat die Ampel-Koalition eine seriöse Beratung des Wachstumschancengesetzes bislang mehrheitlich abgelehnt. Änderungen im Investment- oder Umwandlungssteuerrecht haben massive Auswirkungen auf die Bürger und Unternehmen und müssen im Fachausschuss seriös erörtert werden.

Wenn die Ampel sich weiterhin quer stellt, werden wir weiter keine ausreichende Zeit zur Beratung haben. Schließlich verweist auch der Normenkontrollrat auf mangelnde Zeit und Angaben der Regierung, das Gesetz adäquat zu prüfen. Auch der Bundesrechnungshof kritisiert den Regierungsentwurf scharf. Die Bürger erwarten von der Politik Transparenz und Gesetze, die für sie und nicht gegen sie im Eilverfahren durch das Parlament gepeitscht werden.

PROGNOSE IST EIN LAUTES ALARMSIGNAL



Laut Internationalem Währungsfonds fällt die Konjunktur Deutschlands in eine tiefe Rezession. Unsere Wirtschaft wird laut IWF erneut schrumpfen, und das als einzige bedeutende Volkswirtschaft. Es kommt in diesem Jahr noch schlimmer als bislang erwartet. Das hat nichts mit Schlechtrede zu tun, wie es die Ampel-Regierung nennt, sondern mit berechtigter Sorge um unser Land. Deshalb haben wir als Unions-Bundestagsfraktion ein Sofortprogramm Wirtschaft vorgelegt. Der sogenannte Pakt für Deutschland, den der Bundeskanzler anbietet, ist bisher ohne Folgen geblieben. Handeln statt Ankündigen, das ist angesichts der neuen IWF-Zahlen mehr gefragt denn je.



Rainer trifft...



Foto: Michael Wittig

...ISREALISCHEN BOTSCHAFTER IN BERLIN

Angesichts der kriegerischen Auseinandersetzungen im Gazastreifen und des Terroraktes der Hamas in Israel sprachen wir Unionsabgeordneten am 10. Oktober mit dem israelischen Botschafter in Berlin. Die Lage ist dramatisch und wir stehen an der Seite Israels. Ich verurteile die Vergeltungsakte der Hamas aufs Schärfste und bin in Gedanken vor allem bei den vielen Zivilistinnen und Zivilisten, die durch die Anschläge der Hamas verletzt oder ums Leben gekommen sind.



...DEN DEUTSCHEN BOTSCHAFTER IN MAROKKO

Die Herbsttagung des IWF und der Weltbank in Marrakech widmete sich vorrangig den drängenden Anliegen der internationalen Gemeinschaft. Ein herausragender Beschluss der Tagung war die verstärkte Fokussierung der Weltbank auf Klimaschutz und Nachhaltigkeit bei der Bewertung von Projektförderungen. Als Botschaft der Jahrestagungen nehme ich mit, dass es geeinte Kräfte zur Bewältigung der Krisen in Schwellen- und Entwicklungsländern braucht.



...BUNDESFINANZMINISTER CHRISTIAN LINDNER

Bei Gespräch am Rande der Jahrestagungen der IWF und Weltbank mit Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) ging es vor allem um die Inflation mit steigenden Zinsen, die vor allem Staaten mit geringem Einkommen und hohen Schulden stark belastet. Gleichzeitig bringen Krieg und Klimawandel neue wirtschaftliche Herausforderungen mit sich, die die Mitglieder des IWF anteilig mit finanziell unterstützen.



... BUNDESENTWICKLUNGSMINISTERIN SVENJA SCHULZE

Am Rande der Jahrestagungen der IWF und Weltbank leitete ich ein Gespräch mit den Delegationsteilnehmern und der Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD). Humanitäre und klimabedingte Krisen wirken sich vor allem auf ärmere Staaten des globalen Südens aus. Die finanzschwächeren Länder des globalen Südens schaffen es nicht allein, sich von den Schulden zu befreien und gleichzeitig neue humanitäre und Umweltkatastrophen zu bewältigen. Es braucht in der aktuellen Situation daher die Unterstützung des globalen Nordens.

Für Sie erreichbar:



in Berlin:
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 / 227 77420

E-Mail: alois.rainer@bundestag.de

im Wahlkreis:
Schulstraße 1
94353 Haibach
Telefon: 09963 / 943 9494
E-Mail:
alois.rainer.wk@bundestag.de